

Niederschrift

Sitzung des Ausschusses für Umwelt-Natur- und Klimaschutz

Sitzungstermin: Mittwoch, 02.09.2020

Sitzungsbeginn: 18:00 Uhr

Sitzungsende: 22:20 Uhr

Ort, Raum: Kreistagssitzungssaal, Hamburger Straße 30, Bad Segeberg

Anwesende:

Herr Arne Hansen

Herr Dr. Gilbert Sieckmann-Joucken

Herr Arne-Michael Berg

Vertretung für: Herrn Sven-Hilmer Brauer

Herr Kurt Barkowsky, 1. stellvertretender Landrat

Vertretung für: Frau Melanie Haak

Herr Torsten Kowitz

Herr Sönke Siebke

Frau Silke Brandt

Herr Dieter Riemenschneider

Herr Jens Wersig

Herr Oliver Weber

Herr Heiko Evermann

Herr Matthias Ziebuhr

Herr Dr. Norbert Pranzas

Frau Julia Glagau

Herr Ulrich Bergmann, Geschäftsführer der AKN

Herr Anders, SVG

Herr Axmann, Verbandsvorsteher WZV

Frau Ceyda Oguz, Fachbereichsleiterin Abfallwirtschaft des WZV

Herr Joachim Brunkhorst, Radverkehrsbeauftragter

Frau Edda Lessing, 2. stellvertretende Landrätin

Herr Rainer Schuchardt

Frau Baum, FDL Bau- und Umweltverwaltung, Kreisstraßen/Tiefbau

Frau Jensen-Schmidt, FDL Wasser-Boden-Abfall

Herr Schrenk, FBL Umwelt, Planen, Bauen

Herr Birnbaum, Klimaschutzmanager

Frau Maßow, Regionalmanagerin

Frau Nguyen, Technisches Gebäudemanagement – Liegenschaften

Frau Krüger, Gremien, Kommunikation, Controlling

Herr Sparringa, Protokoll

Abwesende:

Herr Sven-Hilmer Brauer

-

Frau Melanie Haak

-

Frau Marion Löding, Kreissenorenbeirat

-

Tagesordnung:

(öffentlich)

- 1 Einwohnerfragestunde I
- 2 Formalien
 - 2.1 Genehmigung der Tagesordnung
 - 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.06.2020
- 3 Beratung und/oder Beschlussfassung I
 - 3.1 Abschluss einer Öffentlich-rechtlichen-Vereinbarung zur Übertragung der ÖPNV-Aufgabenträgerschaft für die Linie U1 zwischen den Haltestellen Norderstedt-Garsstedt und Norderstedt-Mitte auf die Stadt Norderstedt
Vorlage: DrS/2019/080-2
 - 3.2 VGN GmbH - Änderung des Gesellschaftsvertrages
Vorlage: DrS/2020/164
- 4 Berichte der Verwaltung I
 - 4.1 Vorstellung Neuer AKN – Geschäftsführer Hr. Bergemann
 - 4.2 Abfallwirtschaftsbericht des WZV 2020/Nr. 2
Vorlage: DrS/2020/173
 - 4.3 Bericht der Klimaschutzleitstelle 3/2020
Vorlage: DrS/2020/021-2
 - 4.4 Situationsbericht zur Schülerbeförderung
- 5 Beratung und/oder Beschlussfassung II
 - 5.1 Förderrichtlinie zur Dachbegrünung und/oder Solarbeleuchtung bei Bushaltestellen
Vorlage: DrS/2020/133-1
 - 5.2 Anpassung der Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg vom 29.6.2017
Vorlage: DrS/2019/021-1
 - 5.3 Antrag der CDU Fraktion auf ein On Demand Bus System
Vorlage: DrS/2020/186
 - 5.4 Antrag der CDU Fraktion auf Aufforstung an Radwegen
Vorlage: DrS/2020/184
 - 5.5 Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Neubau der Travebrücke im Zuge der K-12 in Herrenmühle
- 6 Berichte der Verwaltung II
 - 6.1 Bericht des Radverkehrsbeauftragten (RVB) des Kreises Segeberg, Joachim Brunkhorst
Vorlage: DrS/2020/130
 - 6.2 Sachstand Projekt "Radschnellwegenetz in der Metropolregion Hamburg" - Machbarkeitsstudie Radschnellweg Hamburg - Bad Bramstedt
Vorlage: DrS/2020/007-2
- 7 Verschiedenes
 - 7.1 Informationen und Anfragen
 - 7.2 Anregungen für die nächste Sitzung
- 8 Einwohnerfragestunde II

Protokoll:

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung. Er stellt fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß geladen wurde und beschlussfähig ist. Anschließend werden die Punkte der Tagesordnung wie folgt beraten und beschlossen:

(öffentlich)**zu 1 Einwohnerfragestunde I**

Aus der Einwohnerschaft fragt Herr Michael Kohls, Vorsitzender des Kreiselternbeirats der Gymnasien, ob die aktuelle Situation bei der Schülerbeförderung zu entspannen sei – wenn nicht flächendeckend, dann zumindest partiell in besonders betroffenen Regionen. Außerdem wünsche er sich umfangreichere Informationen. Dies werde unter dem TOP 4.4. beantwortet, teilt Herr Hansen mit.

zu 2 Formalien

Es wird mitgeteilt, dass die Sitzung als Audiostream ins Internet übertragen wird.

zu 2.1 Genehmigung der Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende schlägt vor, dass der Situationsbericht zur Schülerbeförderung als TOP 4.4. eingefügt wird. Es liegt ein Antrag der SPD Fraktion vor, der inhaltlich TOP 5.2 ergänzt und hier beraten werden soll. Außerdem wird der Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Neubau der Travebrücke im Zuge der K-12 als TOP 5.5. eingefügt. Dieser nehme inhaltlich Bezug auf die Empfehlungen des Beirates für Radverkehr als Anlage zu Top 6.1. Der eingereichte Antrag der Freien Wähler ist ein Änderungsantrag zum Antrag von Bündnis 90 / Die Grünen. Die vorliegende Tagesordnung wird einstimmig, mit einer Enthaltung der AfD-Fraktion, genehmigt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 17.06.2020

Die Niederschrift der Sitzung vom 17.06.2020 wird einstimmig genehmigt.

zu 3 Beratung und/oder Beschlussfassung I**zu 3.1 Abschluss einer Öffentlich-rechtlichen-Vereinbarung zur Übertragung der ÖPNV-Aufgabenträgerschaft für die Linie U1 zwischen den Haltestellen Norderstedt-Garstedt und Norderstedt-Mitte auf die Stadt Norderstedt; Vorlage: DrS/2019/080-2**

Es werden hierzu keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

1. Dem Abschluss der beiliegenden öffentlich-rechtlichen-Vereinbarung (Anlage 1) wird zugestimmt.
2. Herr Landrat Schröder als Gesellschaftervertreter wird beauftragt, in einer Gesellschafterversammlung der VGN GmbH dem Abschluss des beiliegenden öffentlichen Dienstleistungsauftrags (Anlage 2) zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12	-	-	12

zu 3.2 VGN GmbH - Änderung des Gesellschaftsvertrages

Vorlage: DrS/2020/164

Es werden hierzu keine Fragen gestellt.

Beschlussvorschlag:

Der in der Anlage 1 befindlichen Neufassung des Gesellschaftsvertrags der Verkehrsgesellschaft Norderstedt GmbH (VGN) wird zugestimmt.

Herr Landrat Schröder als Gesellschaftervertreter wird beauftragt, in einer Gesellschafterversammlung der VGN den notwendigen Beschlüssen zur Neufassung des Gesellschaftsvertrags zuzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12	-	-	12

zu 4 Berichte der Verwaltung I

zu 4.1 Vorstellung Neuer AKN – Geschäftsführer Hr. Bergmann

Der neue Geschäftsführer der AKN, Herr Ulrich Bergmann, wird von Herrn Hansen begrüßt. Herr Bergmann stellt sich zunächst selbst vor und anschließend präsentiert er das „Fahrplan- und Expresszugkonzept“ der AKN. Die Präsentation ist dem Protokoll beigefügt.

Herr Weber lobt das geplante Ziel der Zeitersparnis. Er erkundigt sich, ob die gewonnene Zeit für die Schaffung weiterer Verbindungen genutzt werden solle. Außerdem geht er auf eine Aussage von Herrn Bergmann ein, wonach neue Fahrzeuge benötigt würden. Er merkt an, dass es in Hamburg beispielsweise bereits autonom fahrende Vehikel gebe und ob dies auch für die AKN geplant sei. Herr Bergmann verneint die autonome Mobilität. Ein Ausbau der Verbindungen sowie eine zunehmende Nachfrage sei tatsächlich geplant. Herr Berg merkt an, dass die präsentierten Planungen der AKN konträr zum Konzept für die U1 sei. Herr Bergmann erwidert, dass es sich hierbei beiderseits um Überlegungen handele, für die abschließende Entscheidung wären das Land und die NAH.SH zuständig.

zu 4.2 Abfallwirtschaftsbericht des WZV 2020/Nr. 2

Vorlage: DrS/2020/173

Der Verbandsvorsteher Herr Peter Axmann und die Fachbereichsleiterin der Abfallwirtschaft, Frau Ceyda Oguz, sind zum vorliegenden TOP eingeladen. Zunächst informiert Herr Axmann den Ausschuss über den aktuellen Stand beim WZV: So sei eine Erhöhung der Deponie aus technischen Gründen erforderlich und aus wirtschaftlichen Gründen sinnvoll. Was sich dem ersten Anschein nach in einigen Punkten als Überfüllung darstelle, seien in Wirklichkeit derzeit nicht eingetretene, aber ursprünglich prognostizierte Setzungen. Er versichert, dass es keine Erkenntnisse dazu gebe, dass der Deponiebetrieb nicht ordnungsgemäß verlaufe oder verlaufen sei. Der WZV hat die Einleitung eines umfassenden Genehmigungsverfahrens für die Expansion beschlossen. Hierzu gehören u.a. Lärm- und Verkehrsgutachten im Rahmen eines Planfeststellungsverfahrens. Die Erhöhung sei finanztechnisch für den WZV sinnvoll, da die eigentlichen Kosten für die Deponie nicht signifikant erhöht würden, die Wirtschaftlichkeit sich durch ein erhöhtes Einlagerungsvermögen jedoch verbessern würde. Die Versammlung habe diesem Konzept bereits zugestimmt.

Herr Dr. Pranzas erkundigt sich, ob die Rücklagen ausreichen würden und wie die finanzielle Differenz zustande käme. Herr Axmann erklärt, dass die Rückstellungen bilanziell erstellt würden und solche Annahmen Schwankungen unterliegen würden.

So seien die Setzungsprozesse nicht wie angenommen erfolgt, die Ansätze für die kalkulatorische Verzinsung seien nicht verlässlicher einschätzbar gewesen und die allgemeine Kostensteigerung für Baumaßnahmen würden nach derzeitiger Einschätzung höher ausfallen, als ursprünglich angenommen. Darüber hinaus seien die Rücklagen für die Stabilisierung der Gebühren verwendet worden. Der WZV arbeite eng mit der Wirtschaftsprüfung zusammen und die Abdeckungskosten sowie die Nachsorge seien bislang bilanziell gedeckt.

Herr Siebke möchte wissen, was man den angrenzenden Gemeinden noch zumuten möchte und bittet daher im Allgemeinen um eine bessere Kommunikation. Herr Schuchardt möchte wissen, welchen Nutzen das Chippen von Mülltonnen habe. Frau Oguz erklärt, dass man hiermit den Service optimieren wolle. So würden heute nicht nur angemeldete Behälter an die Straße für die Abholung bereitgestellt. Belastbare Zahlen zur Effizienzsteigerung seien erst nach Verfahrensabschluss zu liefern.

Abschließend erkundigt sich Herr Hansen über die aktuelle Situation des Recyclinghofes in Norderstedt. Herr Axmann weist darauf hin, dass die Informationen aus der Presse nur teilweise den Tatsachen entsprächen. Er betont, dass die Konkretisierungsgespräche noch nicht erfolgt seien, daher sei noch nichts zu möglichen Entscheidungen mitzuteilen.

zu 4.4 Situationsbericht zur Schülerbeförderung

Herr Anders führt aus, dass der Schulbeginn im Allgemeinen stets eine angespannte Lage in der Schülerbeförderung sei – dies habe zunächst wenig mit Covid-19 zu tun. Außerdem gäbe es grundsätzlich keine freien Kapazitäten bei Bussen und Personal. Es gebe einen Reservebus, dieser diene dem Ausfallsausgleich, und die Reserven anderer Dienstleister sind kurzfristig nicht verfügbar. Auf die Behauptung, es stünden über 100 Reisebusse zur Verfügung, muss Herr Anders darauf hinweisen, dass bei einer konkreten Nachfrage (außerhalb des Kreises) lediglich ein Bus zur Verfügung stand. Außerdem wies er darauf hin, dass dies 9 Busse für jeden der 11 Kreise darstellen würde. Eine Entspannung der aktuellen Lage wäre damit nur punktuell realisierbar. Herr Hansen untermauert diese Aussage mit einer Rechnung. So würde ein Bus 50 Sitz- und 60 Stehplätze zur Verfügung stellen. Bei Einhaltung der geltenden Abstandsregeln würde sich diese Zahl auf insgesamt 20 Plätze reduzieren. Anhand dieser Zahlen sei verständlicher, aus welchem Grund entsprechende Regelungen bei der Schülerbeförderung keine Anwendung fänden. Stattdessen, so Herr Anders, könne von Seiten der Schulen die Situation möglicherweise durch einen versetzten Schulbetrieb entspannt werden.

zu 4.3 Bericht der Klimaschutzleitstelle 3/2020

Vorlage: DrS/2020/021-2

Frau Nguyen stellt sich als neue Mitarbeiterin vor und berichtet von der aktuellen Situation. Herr Siebke bittet für eine der nächsten Sitzungen des Kreisklimarates die generellen Möglichkeiten der Produktions-Integrierten-Kompensation (PIK) sowie den Status Quo im Kreis Segeberg vorzumerken.

zu 5 Beratung und/oder Beschlussfassung II

zu 5.1 Förderrichtlinie zur Dachbegrünung und/oder Solarbeleuchtung bei Bushaltestellen

Vorlage: DrS/2020/133-1

Herr Hansen erklärt, die Dachbegrünung sei unwirtschaftlich und die Gelder könnten effektiver genutzt werden. Herr Evermann betont, dass der Nutzen eines Baumes als Lebensraum und CO₂-Speicher dem der Dachbegrünung deutlich überlegen sei. Die Solarnutzung sei ein anderes Thema. Herr Kowitz sieht hierin ein Versuch der Signalwirkung für grünere Städte. In Leipzig habe das Projekt eine solche Wirkung gehabt, teilt Herr Hansen mit. Jedoch sei die Ausgangslage dort eine Andere gewesen. Herr Weber wünscht sich eine getrennte Abstimmung über die Dachbegrünung und die Solarbeleuchtung. Herr Evermann beantragt eine Überprüfung der Wirtschaftlichkeit, wenn nun statt einer Begrünung die Anbringung von Solarpanels auf den Häuschen erfolgen solle. Herr Birnbaum merkt an, dass die Erfahrung gezeigt habe, dass zusätzliche Diebstahlvorrichtungen berücksichtigt werden müssten.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung wird beauftragt, mit Wirkung ab 2021 für die Ertüchtigung von Wartehäuschen an Bushaltestellen ein Förderprogramm mit Förderrichtlinie aufzulegen zur

- Förderung der Mehrkosten für eine Dachbegrünung im Zusammenhang mit einem barrierefreien Ausbau ergänzend zur Landesförderung mit einem Fördersatz von 75%, Laufzeit 5 Jahre, Gesamtfördersumme: 865.000 € (173.000 €/Jahr).

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP		1		1
AfD		1		1
WI-SE		1		1
Gesamt	4	8	-	12

Antrag der AfD-Fraktion:

Die Verwaltung wird beauftragt, die Kosten für die Montage von Solarpanels auf den Wartehäuschen an Bushaltestellen (Fahrgastunterständen) alternativ zu einer Stele zu ermitteln. Zu berücksichtigen sei hier zudem eine Diebstahlschutzvorrichtung. Daneben sollen auch die Kosten für die Installation einer Beleuchtung ermittelt werden, wenn ein Stromanschluss vorhanden ist.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich zugestimmt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	1	3		4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	1		1	2
FDP		1		1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
Gesamt	6	5	1	12

zu 5.2 Anpassung der Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg vom 29.6.2017

Vorlage: DrS/2019/021-1

Herr Wersig führt in die Vorlage ein. Herr Weber spricht sich für die neue Fassung der Richtlinie aus, da er Haltebügel mit Überdachung für sinnvoll halte. Herr Riemenschneider möchte, dass die Überdachung kein Kriterium für den Anspruch auf die Förderung sei. Herr Brunkhorst betont, dass beim Neubau in der Rosenstraße eine Überdachung und zusätzlich Seitenwände für den Fahrradunterstand gewünscht waren. Die Begründung hierfür sei der erhöhte Schutzbedarf von hochwertigen Fahrrädern und e-Bikes gewesen – dies gelte auch für Unterstände anderswo. Herr Birnbaum erklärt, dass eine Diskussion hierüber obsolet sei, da die Richtlinie

bei den öffentlichen Anlagen eine Förderung unabhängig von der Bedachung vorsieht.

Die aktuell vorgesehene Fördersumme von 2 Mio. Euro entspräche dem Betrag der vorherigen Richtlinie, so Herr Schrenk. Dies solle im Beschluss noch klarstellend ergänzt werden, da es aus dem Beschluss des Kreistages zur Verlängerung der Richtlinie nicht eindeutig hervorgehe. Herr Ziebuhr erkundigt sich über die Höhe der ausbezahlten Fördermittel der letzten Jahre und ob eine Beibehaltung der Summe sinnvoll sei. Dies seien im ersten Jahr 2 Mio. Euro und im zweiten Jahr 1,4 Mio. Euro gewesen, so Herr Birnbaum. Die Beibehaltung dieser Fördersumme sei empfehlenswert.

Herr Wersig erkundigt sich, was unter den in Punkt 5.6. genannten privaten Antragstellern zu verstehen sei. Hierbei handele es sich um größere private Antragsteller (Unternehmen), so Herr Birnbaum. Diese hätten hierdurch ebenfalls die Gelegenheit zur Förderung des Radverkehrs. Herr Evermann stellt daraufhin den Antrag, dass dieser Punkt gestrichen werde oder alternativ diese Unterstände öffentlich zugänglich gemacht werden müssen, da sie mit öffentlichen Geldern finanziert worden seien. Herr Schrenk möchte eine Anpassung der Richtlinie, um einen ungewollten Anspruch von kleinen Antragstellern unmissverständlich auszuschließen. Herr Birnbaum empfiehlt eine Bagatellgrenze.

Antrag der AfD-Fraktion:

Die AfD-Fraktion beantragt, dass der Punkt 5.6. der Richtlinie (Förderung von privaten Antragsteller) gestrichen wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU		4		4
SPD		3		3
B 90/ Die Grünen		2		2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
Gesamt	2	10	-	12

Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen:

Die Fraktion beantragt, dass der Punkt 5.6.i) der Richtlinie (Förderung v. priv. Antragsteller) um eine Bagatellgrenze in Höhe von 20.000 Euro ergänzt wird.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12	-	-	12

Antrag der AfD-Fraktion:

Die AfD-Fraktion beantragt, dass der Punkt 5.6. der Richtlinie (Förderung v. priv. Antragsteller) um die Bedingung der öffentlichen Zugänglichkeit erweitert wird.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich abgelehnt

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	1	3		4
SPD		2	1	3
B 90/ Die Grünen		1	1	2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE		1		1
Gesamt	3	7	2	12

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die Anpassung der Richtlinie zur Förderung von Radverkehrsinfrastruktur im Kreis Segeberg gemäß Anlage, inkl. der oben beschlossenen Änderung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	4			4
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	12	-	-	12

zu 5.3 Antrag der CDU Fraktion auf ein On Demand Bus System

Vorlage: DrS/2020/186

Herr Kowitz erläutert den Antrag und nennt Hamburg als Vorreiter in diesem Bereich. Herr Wersig möchte wissen, ob die Systeme in Hamburg wirklich effektiv genutzt würden oder ob lediglich das mediale Echo enorm sei. Herr Evermann möchte wissen, wie man den Nutzen dieses Systems auf dem Dorf gewährleisten wolle. Herr Anders erklärt, dass die On-Demand-Systeme im Grunde den Anruf-Sammel-Taxen (AST)-Systemen ähnlich seien. So sei der Bündelungseffekt marginal. Das Gros würden Einzelfahrten ausmachen. Herr Weber möchte wissen, ob die privaten Unternehmer zur Abstimmung mit dem ÖPNV verpflichtet seien. Herr Anders weist darauf hin, dass es unbedeutend sei, ob es sich um private oder öffentliche Betreiber handele. Entscheidend ist, dass der Kreis auch für On-Demand-Verkehre als integriertem ÖPNV-Bestandteil die Vorgaben definiert, die der Betreiber zu erfüllen hat. Herr Kowitz möchte kein neues AST-System. Ziel sei eine bessere Anbindung des ländlichen Raumes, daher müssten die On-Demand-Systeme mit in den RNVP aufgenommen werden.

Beschlussvorschlag:

Die CDU-Fraktion beantragt die Aufnahme des „On Demand Bus“-System in den Entwurf des neuen Regionalen Nahverkehrsplanes (RNVP).

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

	Zustimmung	Ablehnung	Enthaltung	Anwesende
CDU	3			3
SPD	3			3
B 90/ Die Grünen	2			2
FDP	1			1
AfD	1			1
WI-SE	1			1
Gesamt	11	-	-	11

Ein stimmberechtigtes Mitglied war nicht anwesend

zu 5.4 Antrag der CDU Fraktion auf Aufforstung an Radwegen

Vorlage: DrS/2020/184

Herr Kowitz erläutert den Antrag, der aus dem Projekt „Jugend im KT“ hervorgegangen sei. Im Anschluss meldet sich Frau Baum zu Wort. Zunächst merkt sie an, dass es sich hierbei nicht um eine Aufforstung per Definition handele, sondern um eine Baumpflanzung an Radwegen und möglicherweise auch an Kreisstraßen. Auf Nachfrage konkretisiert Herr Kowitz, dass es bei dem Antrag um die Radwege gehe. Die Umsetzung dieses Antrags, so Frau Baum weiter, sei durch einen erhöhten Flächenverbrauch schwer umzusetzen. Infolge dessen müsse mit weiteren Verzögerungen und einer deutlichen Kostensteigerung gerechnet werden. Eine Neuanlage von Alleen sei darüber hinaus problematisch, da durch Wurzelbildung die Asphaltdecke aufgebrochen werde, die Verschattung nehme zu und die Verkehrssicherheit werde reduziert. Herr Riemenschneider ergänzt, dass Laubfall die hieraus resultierenden Säuberungen und die erschwerte Pflege v.a. im Winter hohe Folgekosten erzeugen würden. Herr Hansen empfiehlt die Zielsetzung des Antrages beim Neubau zu berücksichtigen – er rät hingegen von der Umsetzung bei Bestandswegen aus den bereits genannten Gründen ab. Herr Evermann teilt mit, dass Bäume und v.a. Alleen das Risiko für Leib und Leben durch ein mögliches Abkommen von der Straße signifikant steigern würden. Knicks hingegen seien in puncto Begrünung, Sicherheit und Klimarelevanz deutlich hervorzuheben und zu bevorzugen. So habe der Kreis Ostholstein ein Knickförderprogramm initiiert – dies könne der Kreis Segeberg in ähnlicher Form umsetzen.

Herr Kowitz betont, dass die Umsetzung dort erfolgen solle, wo es möglich und sinnvoll sei. Priorisiertes Ziel seien die Neubauten. Wurzelsperren seien dort Standard und darüber hinaus müsse man den Klimaschutz als einen weiteren Kostenfaktor stets miteinplanen. Herr Dr. Pranzas lobt die Initiative dieser ökologischen Maßnahme. Jedoch müsse man den landschaftspflegerischen Begleitplan und den Einfluss auf das Landschaftsbild beachten. So müsse die Umsetzung im Einklang mit geltendem Umweltrecht erfolgen. Außerdem solle man sich nicht auf Bäume versteifen, sondern im allgemeinen heimische Gehölze im Blick behalten. Außerdem sei die Verschattung nicht zu unterschätzen, so Herr Weber. Rad- und Motorradfahrer*innen hätten eine leicht zu übersehende Silhouette. Herr Wersig fordert, dass die Sichtachse von Auto und Rad nicht verborgen werden sollte. Hierdurch würde das Sicherheitsgefühl deutlich herabgesetzt werden.

Frau Baum erklärt, dass die vorhandenen Grünstreifen an den Wegen nicht zu bepflanzen seien, da so das Versickerungspotential herabgesetzt werde und das Was-

ser auf den Wegen und Straßen schließlich stehen bleiben würde. Die Steigerung des Unfallrisikos sei unverhältnismäßig. Daher sei von einer Bepflanzung zwischen Weg und Straße abzuraten. Der Flächenbedarf beim Neubau würde sich verdoppeln bzw. verdreifachen, wenn eine Bepflanzung zwischen Feld und Weg erfolgen solle. Daraufhin empfiehlt Herr Hansen, dass der Antrag entsprechend überarbeitet und konkretisiert werden solle. Herr Schrenk rät von einer pauschalisierten Handhabe ab. Ob die Bepflanzung erfolgen könne, müsse weiterhin eine Einzelfallentscheidung bleiben, die mit diversen Faktoren abgestimmt werden müsse. Herr Kowitz zieht den Antrag für eine Nachbearbeitung zurück. Herr Schrenk bietet Beratung durch die Verwaltung an.

zu 5.5 Ergänzungsantrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen zum Neubau der Travebrücke im Zuge der K-12 in Herrenmühle

Herr Hansen führt in den Antrag ein. Herr Schuchardt bittet darum, dass man an Radfahrer*innen und Fußgänger*innen denken solle – daher handele es sich hier um kombinierte Rad- und Gehwege. Frau Baum weist auf die bisherige Planung hin, die auf dem Brückenneubau einen beiderseitig angeordneten schmalen Gehweg vorsehe. Es wurde gutachterlich abgewogen und bislang für eine richtlinienkonforme Führung des Radverkehrs auf der Straße geplant. Der Kreis verfüge zudem bislang über wenig eigene Flächen und Flächenverbrauch stelle letztlich auch einen Eingriff im dortigen FFH-Gebiet dar. Vorstellbar sei z. B. auch eine separate Holzbrücke für den Fuß- und Radverkehr. Diese ist in der nachfolgenden Diskussion umstritten.

Herr Schrenk führt weiter aus, dass für eine so weitreichende Entscheidung in der Systematik des Radverkehrskonzepts geblieben werden müsse und die Strecke zunächst hinsichtlich Verkehrsstärke und Netzfunktion bewertet werden solle. Die Ergebnisse könnten im Anschluss beraten werden – somit sei eine Abstimmung erst danach zielführend. Frau Baum versichert, dass durch die Planung bis zur Erledigung dieses Prüfschrittes keine neuen Fakten geschaffen würden. Auf Wunsch von Herrn Siebke wird dies in der Niederschrift festgehalten. Herr Hansen zieht den Antrag zurück. Die Prüfung durch die Verwaltung könne noch abgewartet werden.

zu 6 Berichte der Verwaltung II

zu 6.1 Bericht des Radverkehrsbeauftragten (RVB) des Kreises Segeberg, Joachim Brunkhorst Vorlage: DrS/2020/130

Der Bericht wird zu Kenntnis genommen. Es gibt keine Fragen hierzu.

zu 6.2 Sachstand Projekt "Radschnellwegenetz in der Metropolregion Hamburg" - Machbarkeitsstudie Radschnellweg Hamburg - Bad Bramstedt Vorlage: DrS/2020/007-2

Der Bericht wird zu Kenntnis genommen. Es gibt keine Fragen hierzu.

zu 7 Verschiedenes

zu 7.1 Informationen und Anfragen

Weder Anfragen noch Informationen liegen vor.

zu 7.2 Anregungen für die nächste Sitzung

Herr Hansen kündigt die Radverkehrsstrategie des Landes als TOP für die nächste Sitzung an.

zu 8 Einwohnerfragestunde II

Aus der Einwohnerschaft werden keine weiteren Fragen gestellt.

Der Vorsitzende schließt mit Dank an alle Beteiligten die Sitzung.

Gez. Arne Hansen
(Ausschussvorsitz)

f.d.R. Frau Krüger
(Protokollführung)